

Bezugspreis:
Hartgeld
für Bad Gms 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Bestellgeld)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Gms.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklamezeile 75 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Kömerstr. 95.
Hauptredakteur Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Gms.

Nr. 36

Bad Gms, Mittwoch den 12. Februar 1919.

71. Jahrgang.

Gefellum-Nachrichten.

Sommerzeit vom 2. März ab.

Paris, 11. Febr. Die Regierung hat beschlossen, daß für das Jahr 1919 die Sommerzeit ebenfalls eingeführt werden soll wie in den vorhergehenden Jahren. Die Uhren werden in der Nacht vom 1. zum 2. März 1 Stunde vorgezogen. Die normale Zeit beginnt dann wieder am 5. Oktober. Es wird die Frage geprüft, ob dieses System auch für die Friedenszeit beibehalten werden soll. Die Regierung hat eine Kommission zur Beratung hierüber eingesetzt.

Paris—Brüssel in 2 Stunden 20 Minuten.

Paris, 11. Febr. Am Montag hat ein Postflugzeug mit 8 Passagieren in 2 Stunden 20 Minuten die Reise Paris-Brüssel gemacht. Dieser Apparat hat eine Breite von 25 Metern; 8 Passagiere können darin bequem in Sesseln sitzen. Er kann 160 Kilometer in der Stunde zurücklegen und 900 Kilometer fliegen, ohne zu landen. Das Flugzeug wurde von einem kleineren Aeroplan begleitet, der am selben Tage allein zurückkehrte.

Ebert provisorischer Reichspräsident.

Weimar, 11. Febr. Die Nationalversammlung wählte Ebert mit 277 Stimmen zum provisorischen Reichspräsidenten. 51 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Koschowsky erhielt 49 Stimmen, 2 zerstreut. Ebert erklärte, die Wahl anzunehmen.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Die neuen Forderungen.

Berlin, 10. Febr. Laut neuer Korrespondenz fordern die neuen Waffenstillstandsbedingungen des Verbandes die Herabsetzung der deutschen Armee auf 25 Divisionen. Nach derselben Korrespondenz soll sogar die Ablieferung der gesamten Artillerie verlangt werden. Doch klingt der letztere Punkt sehr unwahrscheinlich.

Der Oberste Kriegsrat wird sich nach einer Pariser Meldung Reuters morgen mit der Blockadefrage beschäftigen. Bisher erklärte, daß die Frage der Besetzung weiteren deutschen Gebietes noch nicht entschieden sei. Die polnische Delegation verlangt vom Obersten Kriegsrat der Alliierten, daß bei der Erneuerung des Waffenstillstandes den Deutschen auf das entscheidende versprochen werde, militärische Operationen gegen die Polen in der Provinz Posen zu unternehmen. Weiterhin soll Deutschland gezwungen werden, den Polen die Erlaubnis zu geben, die Eisenbahn von Danzig nach Warschau für die Transporte von Truppen und Munition zu benutzen, damit die Truppen des Generals Haller ohne Schwierigkeit zu den Polen geschickt werden können.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 10. Febr. Kurz nach 3 Uhr eröffnet Präsident Dr. David die Sitzung. Zur Beratung steht die zweite und gegebenenfalls dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Jur. 2. Lesung ist eine Reihe von Anträgen eingegangen, die beraten werden. Es handelt sich um Anträge der Deutschen Nationalen Volkspartei (Rustadt und Gen.) und der Unabhängigen Sozialdemokraten (Frau Agnes und Gen.).

Vollbeauftragter Ebert: Das Gesetz hat in allen seinen Teilen nur provisorischen Charakter und greift der endgültigen Regelung der Dinge nicht vor.

Abg. Ebbe (Soz.): Namens meiner Partei habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die sozialdemokratische Fraktion ist von der Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durchdrungen. Diese Notwendigkeit ist begründet durch die äußere und die innere Politik. Es bedarf der Schaffung einer von ganzen Volks ausgehenden vorläufigen Reichsordnung, einmal im Hinblick darauf, daß der Waffenstillstand mit dem Verbände, der am 16. d. Mts. abläuft, verlängert werden muß, sowie daß in kurzer Zeit die Friedensverhandlungen beginnen müssen, ferner weil es gilt, den Grund zum demokratischen Aufbau unseres Landes unverzüglich zu legen. Wir stimmen dem Entwurf zu, verwehren uns aber dagegen, daß aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung in der Zukunft gezogen werden.

Abg. von Bahr (D. Dem.): Namens der Fraktion der Deutschen Demokratischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abgegeben: Das Deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausübt durch die Wahlen zur Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt. Die Nationalversammlung hat diesem Auftrag sofort nachzukommen. Sie hat ein Vorbild an Arbeitswillen zu geben. Darum soll ihr Reden zum Handeln werden. Sie muß eine verfassungsmäßige Regierung bilden. Die Voraussetzung und Grundlage der Regie-

rungegewalt muß, zumal in der Demokratie und in der Republik, die Verfassung sein. Da aber für dieses große Hauptwerk die Herstellung geordneter Regierungen im Reich wie in den Einzelstaaten unentbehrlich ist, müssen wir vorweg eine Vorverfassung schaffen. Dann erst und nicht heute wird auch der Tag gekommen sein, an dem wir ehrlich und in aller Ruhe an die Prüfung der Fragen, über die die Meinungen heute noch weit auseinandergehen können und müssen, herantreten können, nämlich wie zum Heile des Ganzen die überragenden Forderungen der Reicheinheit mit der Rücksicht auf das historische Gewissen, auf die Eigenart der deutschen Stämme und auf die verschiedenen Anschauungen über Staat und Staatssouveränität der einzelnen Kräfte unseres Volkslebens am besten vereinigt werden können. Verständigung und ehrlicher Wille, dem Vaterlande zu dienen, werden uns auch eine endgültige Verfassung schaffen, die uns zusammenhalten, die uns Bewegungsfreiheit im Innern geben und gegen außen uns die Stellung in der Welt verbürgen soll, die uns gebührt und die uns endgültig niemand vorenthalten kann. (Beifall.) Keine Forderung werden gelassen für die Vorlage und ihrer sofortige Durchführung in zweiter und dritter Lesung stimmen. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Heim (Bayer. Sp.): Im Auftrage meiner Freunde von der Bayerischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abgegeben: Nach den §§ 1 und 4 des gegenwärtigen Gesetzesentwurfes soll die Deutsche Nationalversammlung eine Vollversammlung zur Beschließung der künftigen Reichsverfassung erhalten. Die in dem Entwurf vorgesehene Ermächtigung geht sogar so weit, daß der Nationalversammlung die Befestigung einzelner oder aller Bundesstaaten und die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik durch die Deutsche Nationalversammlung möglich gemacht wird. Diese Wege können die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei in der Deutschen Nationalversammlung nicht mitmachen. Wir hegen nach wie vor die Hoffnung, daß es bei Schaffung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den berechtigten Wünschen unseres engeren Heimatlandes Geltung zu verschaffen.

Abg. Dr. von Delbrück (Deutschnat. Sp.): Gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf bestehen bei meinen politischen Freunden die schärfsten grundsätzlichen Bedenken. Auch seine geistliche Gestaltung ist so wenig einwandfrei, daß unter normalen Verhältnissen seine Verabschiedung ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen sein würde. (Sehr richtig! rechts.) Wir verkennen aber nicht, daß wir uns in einem Notstand befinden und daß nicht nur die innere Lage, sondern auch der Ablauf des Waffenstillstandes und das Bedenken der Friedensverhandlungen eine schnelle Verabschiedung des Entwurfes gebieterisch erfordern. (Zustimmung.) Wir verkennen auch nicht, daß die Vorlage nur eine vorübergehende und nicht eine endgültige Regelung unserer Verfassung bedeutet. Unter diesen Umständen werden wir wenigstens auf eine Ausschussberatung verzichten, um die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. Wir glauben auch, daß das Ansehen der neu gebildeten Regierung dem feindlichen Ausland gegenüber eine besondere Stärkung erfahren würde, wenn es gelang, diese Vorlage nicht nur schnell, sondern auch möglichst einstimmig zu verabschieden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden unser Zurückstellen unserer grundsätzlichen Bedenken für die Vorlage stützen, wenn ihr vorläufiger Charakter in allen ihren Teilen zweifelsfrei festgestellt würde. Wir sind von der Überzeugung durchdrungen, daß in der ungewissen Not dieser Zeit mehr als je der Grundsatz gelten muß: Das Vaterland steht über der Partei. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heinze (Deutsche Volksp.): Wir haben technisch und juristisch erhebliche Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf, lassen diese Bedenken aber aus politischen Gesichtspunkten zurücktreten. Wir wünschen, daß alsbald eine gesetzliche Gewalt in Deutschland zu Stande kommt und sehen mit Rücksicht auf die äußere und die innere Lage von allen Anträgen ab. Die heutigen geordneten Zustände müssen sobald wie möglich verschwinden. Wir hoffen, daß nach der Verabschiedung dieser Gesetzesordnung und Sicherung im Lande gefördert werden und daß jeder Mann in Deutschland die vorläufige Verfassung achtet. Für die endgültige Verfassung behalten wir uns unsere Stellungnahme auch nach allen Richtungen vor. Für den vorliegenden Entwurf werden wir stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Cohn-Vordhagen (Unabhängig.): In der heutigen Phase der revolutionären Entwicklung muß Rücksicht und Umsicht geübt werden. Nur um eine Atempause kann es sich handeln, denn wir stehen noch lange nicht am Ende der Revolution. Niemand von uns weiß, ob und wann dieser provisorischen Verfassung eine endgültige folgen wird. Ich bin überzeugt, dieser Entwurf rührt nicht von einem der neuen Parteien, die durch die neue Entwicklung an die Spitze gebracht worden sind, sondern von irgend einem der brauchbaren Herren aus dem früheren Reichamt des Innern. Wir haben die Monarchie ein für allemal genug und

möchten sie nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder einführen.

Abg. Fröber (Zentrum): Die Ausführungen des Vorredners geben mir keinen Anlaß zu entgegnen. (Sehr gut!) Für uns ist im Augenblick das Wichtigste, den Übergang von der Revolution zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Sie können auch angesichts der Erklärungen des Vertreters der Sozialistischen Regierungen und des Vertreters der Reichsregierung zurückgestellt werden. Die Zentrumspartei wird in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen. Dabei müssen wir uns selbstverständlich unsere Stellungnahme zu den Einzelheiten der endgültigen Verfassung vorbehalten. Wir betrachten die Annahme des vorliegenden Gesetzesentwurfes als notwendige Vorbedingung für Frieden und Brot. (Beifall.) Damit schließt die Beratung über § 1.

Die vorläufige Reichsverfassung wird in dritter Lesung angenommen.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat durch den Mund Scheidemanns erklärt, daß sie das von der Revolution erhaltene Mandat in die Hände der Nationalversammlung zurücklege. Es entspreche einer vorher getroffenen Vereinbarung, wenn der Abgeordnete von Bahr die provisorische Regierung ersuchte, die Geschäfte weiterzuführen, bis der Reichspräsident gewählt und ein Reichsministerium gebildet sei.

In der Spezialdiskussion bemerkt zu § 3 der Volksbeauftragte Dr. Landsberg: Um eine Landeseinbildung zu verhindern, stelle ich fest: Wir haben vorher einen Antrag Agnes und Genossen auf Offenlegung aller Verträge abgelehnt. Damit ist keine Feindschaft gegen die populäre und durchaus berechtigte Forderung der Abschaffung jeder Geheimdiplomatie zum Ausdruck gebracht. (Widerpruch bei den U.-Soz.) Die Reichsleitung steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die Tage der Geheimdiplomatie gezählt sein müssen. Aber wenn wir uns jetzt einseitig die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vorher Öffentlichkeit abzugeben, so würden wir damit unser Ziel, die allgemeine Abschaffung der Geheimdiplomatie, geradezu gefährden.

Abg. Dornburg (Dem.): Wir sind gegen jede Geheimdiplomatie aber wir können doch in die Lage kommen, einen Vertrag abzuschließen zu müssen, weil wir ihn veröffentlichten müssen, die andere Seite dies aber nicht wünscht. Das sind doch Wirklichkeiten. Mit dem Inkrafttreten des Völkerbundes fallen Geheimverträge von selbst fort. Heute geht das aber noch nicht. Durch die Anstrengung unseres Landes, die hier durch die Unabhängigen verhindert wurde, indem wir angeblich einer faulen Geheimdiplomatie das Wort redeten, wird dem Völkerbund wahrlich nicht gedient. (Zustimmung.)

Wie es in Moskau aussieht.

Ueber die „Regierungsmethoden“ der russischen Bolschewiken und über die in Russland zur Entwicklung gelangten unheimlichen Lebensverhältnisse geht der Köln. Bg. der Bericht einer Deutschen zu, der es gelungen ist, gegen Mitte Januar d. J. aus Moskau zu fliehen und nach Deutschland zurückzukehren. Der Bericht lautet auf mehr als die bisher bekannt gewordenen den Schleier von den traurigen Handlangerdiensten, welche deutsche Kriegsgeliebte unter der Firma eines „Deutschen Soldatenrats“ in Moskau der russischen Pöbelherrschaft leisten. Eindrücklich ist der zum Schluß des Berichts zum Ausdruck kommende Optimismus, wonach der russische Bolschewismus noch im laufenden Jahr seinen Untergang zu erwarten hätte. Der Bericht lautet:

Zwei Familien meiner Bekanntschaft hatten in den letzten Wochen nur von Kartoffelsuppe gelebt, was zur Folge hatte, daß eine der Frauen schwer an Hungerstich erkrankte, und daß eine Schwester von ihr schon seit Monaten an Schwindsucht daniederliegt. Die russische Regierung erpreßt bei allen Leuten große Geldbeträge und macht den meisten Menschen das Leben dort unmöglich. So z. B. bezahlte mein Verwandter vor dem Kriege für seine Wohnung jährlich 1800 Rubel, und da nach dem russischen Gesetz jetzt alle Häuser und Wohnungen dem russischen Staat gehören, so werden auch die Mieten, selbst bei eigenen Häusern, vom Staat eingezogen. Der Friedensmietpreis der genannten Wohnung von 1800 Rubel wurde im Mai 1918 auf 2400 Rubel, kurz darauf aber auf 9000 Rubel im Jahre erhöht. Wer die Miete nicht bezahlt oder nicht bezahlen kann, wird hinausgeworfen, muß aber die ganze Einrichtung, einschließlich Kleider und Wäsche, dort lassen. Außerdem ist keinem Bürger Moskaus erlaubt, aus einem Polizeirevier ins andere zu ziehen. In der Wohnung eines anderen Deutschen sind zwangsweise ein Schuster mit Frau, ein Tischler mit Frau und zwei Männer eingewiesen worden.

Sobald in Moskau die Mitteilung von der Revolution in Deutschland eintraf, hat sich dort ein Moskau-Deutscher Soldatenrat gebildet, der mit Gewalt in das Generalkonsulat eindrang. Das Personal wurde in zwei

Zimmer getrieben, wo Verhöre angestellt wurden. Die ersten Beamten, einschließlich Konsul und Vizekonsul, wurden als abgesetzt erklärt; es wurde dann dafür Sorge getragen, daß die deutschen Beamten des deutschen Generalkonsulats nach Deutschland geschafft wurden. Der Moskauer deutsche Soldatenrat besteht heute noch weiter und sorgt für den Abtransport der deutschen Soldaten, die sich in Moskau haben durchschlagen können und gern in ihre Heimat wollen. Ein Teil der Soldaten bleibt aber in Moskau und beteiligt sich dort an den bolschewistischen Wuchschäften. Der Moskauer deutsche Soldatenrat kontrollierte alle diejenigen Wohnungen, die Deutschen gehörten und unter dem Schutze des Deutschen Reiches standen, und suchte namentlich Wein. In der Wohnung eines der vorhin erwähnten Herren haben sie die Weinvorräte mit Beschlag belegt und diese ins Generalkonsulat, allerdings gegen Quittung, hingeschafft. Sie erklären einfach, daß die Wohnungen, die unter deutschem Schutz stünden, auch keinen Wein halten dürften, ebenso wenig wie Waffen und Munition, und daß aus diesem Grunde die Beschlagnahme vorgenommen würde. In Wirklichkeit dürfte es sich aber nur um Raub handeln.

Die Hungersnot in Moskau selbst ist ganz entsetzlich und im Zusammenhang hiermit die Teuerung. Die Lebensmittelbeschaffung ist äußerst schwierig. Man bekommt nur ganz geringe Mengen und diese zu folgenden Preisen: Ein Pud Mehl (= 16,3 Kilogramm) 680 bis 700 Rubel, ein Pfund Butter = 410 Gramm 100 bis 120 Rubel, ein Pud Kartoffeln 80 bis 100 Rubel, Milch, eine kleine Flasche, 1 1/2 Glas, 8 Rubel, früher 5 Kopeken, eine Schachtel Streichhölzer 2 Rubel, ein Pfund Seife 12 Rubel, ein Pfund Kaffee 60 bis 70 Rubel, ein Pfund Tee 120 Rubel, ein Huhn 100 bis 110 Rubel, ein Pfund Zucker 80 Rubel, ein Pfund Reis 16 bis 20 Rubel, ein Faden Holz, der früher 8 bis 12 Rubel, je nach Beschaffenheit kostete, ist heute nicht unter 250 Rubel zu erhalten. Die kürzeste Fahrt mit der elektrischen Straßenbahn kostet jetzt, statt der früheren 5 Kopeken, 1,20 Rubel, eine größere Fahrt 1,80 Rubel. Sämtliche Kleinverkaufläden sind nationalisiert worden, und die Gegenstände werden in erster Linie an Mitglieder der Roten Garde und an deren Familien verkauft. In den Hauptstraßen sind so gut wie keine Auslagen mehr vorhanden, und ein großer Teil der Geschäfte ist geschlossen, da eben keine Vorräte mehr da sind. Der Haß gegen die Bolschewiken wird immer größer, und man erwartet den Ausbruch von Pogromen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Allgemein erwartet man in Moskau, daß die Herrschaft der Bolschewiken in diesem Jahre ihr Ende erreichen wird, zumal die Bauernbevölkerung bis zum äußersten aufgebracht ist. Versorgen die Verbandsmächte die Bevölkerung mit Waffen und Munition, so ist der Umsturz und die vollständige Ausrottung des Bolschewikentums in Rußland in diesem Jahre zu erwarten.

Deutschland.

D 4 1/2 Milliarden jährlich für Kriegsbeschädigte. Auf rund 4 1/2 Milliarden wird man die jährliche Rentenbelastung des deutschen Reiches durch die Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene usw. einzahlen können. Es ist eine gewaltige Anforderung, die an die Leistungsfähigkeit des Reiches für lange Jahre gestellt wird. Wir wollen im Interesse der Kriegsbeschädigten hoffen, daß das Reich diese Last dauernd auf sich nehmen kann. Die Möglichkeit der Durchführung zu schaffen, ist heilige Pflicht aller Berufsstände, jedes Einzelnen. Die Wunden des Krieges müssen geheilt werden, aber nur die äußerste Kraftanstrengung des Reichs, die engste Zusammenarbeit aller Kriegsbeschädigtenorganisationen, das Vertrauen des einen zu dem andern können die Not lindern. Unser Vaterland liegt in Trümmern, aber die Wunden der einzelnen Existenzen dürfen nicht ungeheilt bleiben!

D Der Hungertod in Deutschland. Es hat sich das erschreckende Resultat ergeben, daß mehr als 500 000 Todesfälle allein auf die Lebensmittelknappheit zu-
rückzuführen sind.

rechnen. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen worden, und die Gesamtsumme ist eher zu klein als zu groß.

D Teuerungszulage für Hinterbliebenenrenten. Vor kurzem haben die Militärrentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage erhalten. — Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklasse eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar 1919 zustehenden gesetzlichen Versorgungsgebühren, Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Zulagen und laufenden Unterstützungen statt des einfachen Monatsbetrages der 1/2fache Monatsbetrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbezogenen Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebene von Militärpersonen der Unterklasse (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkinder, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund des Militär-Versorgungsgesetzes oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus Militärfonds zufließt.

Die preussische Landesversammlung.

Berlin, 10. Febr. Das preussische Staatsministerium wird am Donnerstag über den Termin der Einberufung der preussischen Landesversammlung Bescheid lassen. Man rechnet mit einer kurzen Tagung vor Ostern zur Erledigung dringender Dinge. Nach Ostern wird sich die Tagung bis in den Sommer hinziehen. Der Entwurf einer neuen Kreisordnung ist im Ministerium fertiggestellt und geht zu gegebener Zeit der Landesversammlung zu.

Gegen Gemeinde-Neuwahlen.

Auch der Rheinische Städtebund hat zur Frage des Gemeindevahlrechts Stellung genommen und an die preussische Regierung folgenden Protest gesandt:

Der Vorstand des Rheinischen Städtebundes, welcher 11 kreisangehörige Städte der Rheinprovinz bis zu 40 000 Einwohner umfaßt, schließt sich dem vom Rheinischen Städtebunde, vom Verband rheinisch-westfälischer Gemeinden und von verschiedenen rheinischen und westfälischen Städten erhobenen Einspruch gegen die Verordnung der preussischen Regierung vom 24. Januar 1919, betreffend Auflösung und Neuwahl der Gemeindevertretung, in jeder Beziehung an. Auch der Rheinische Städtebund vermag diese Verordnung als gesetzlich nicht anzuerkennen, da nach seiner Ansicht solche einschneidenden und grundlegenden, die Interessen der bisher blühenden rheinischen Städte auf tiefste berührenden Bestimmungen über die an sich gebotene Neuorganisation des Gemeindevahlrechts nur von der inzwischen gewählten gesetzgebenden preussischen Landesversammlung nach gründlicher Durchberatung getroffen werden können, aber nicht in einer überhasteten Weise von einer vorläufigen Regierung. Der Vorstand fordert daher, daß die Verordnung wieder aufgehoben und der preussischen Landesversammlung ein neuer diesbezüglicher Gesetzentwurf nach Anhörung der Städtevertretung unterbreitet wird.

Die Kosten der Revolution.

M. Weimar, 9. Febr. Die Deutschnationale Volkspartei hat u. a. folgende Anträge eingebracht: Die Nationalversammlung wolle beschließen: 1. einen aus allen Parteien gebildeten Ausschuss einzusetzen, der die bei der Revolution als Gesetz erlassenen Verordnungen zusammenstellen, zu prüfen und über ihre Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und finanzielle Wirkung Bericht zu erstatten hat. 2. Einen entsprechenden Ausschuss einzusetzen, der festzustellen und zu prüfen hat, welche Vorräte an Nahrungsmitteln, Bedarfsartikeln und Betriebsstoffen seit dem 9. November 1918 in unregelmäßiger Weise und entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung anderweitig verwendet worden sind. 3. Die Reichsregierung aufzufordern, unverzüglich über alle seit dem 9. November 1918 aus Reichsmitteln erfolgten Ausgaben Bericht zu erstatten.

Sollte Ebe es jagen und der kleinen schwarzhaarigen Fremden die Wahrheit über ihre eigentliche Herkunft enthüllen? In Gegenwart Heinz' würde sie es nie wagen dürfen. Der würde ihr schon! Der Gedanke an ihn ließ sie zaudern überlegen. Dann stieß sie plötzlich alle Bedenken beiseite, ließ ihre Augen, als müßten sie sich brennend versichern, ob auch kein Lauscher in der Nähe sei, über die einsame Heide wandern und sagte: „Überhaupt ist ja Heinz gar nicht dein Bruder. Unter einem Waghalsordel, haben sie dich gefunden. Ein Zigeunerkind bist du. . . . So, nun weißt's, du!“ Ein letzter verächtlicher Blick aus kalten, herzlos dreinschauenden Augen traf Sabine. Dann ließ sie die von einer erschütternden Bestürzung erfüllt: Wagnisse stehen und eilte in großen, hastenden Sprüngen dem nicht mehr fernem Verghofe zu, ohne sich noch ein einziges Mal nach der schier Versteinerten umzuwenden. . . .

Sekunde war noch nicht in dem Alter, das ein selbständiges Urteil zuläßt. Sie empfand nur, daß sie traurig sei, daß sich etwas wie ein dunkler Schatten über ihre Seele breitete, und daß sie Sehnsucht hatte, heimzukommen, um der Mutter zu sagen, was man ihr getan. Ihr anfänglich flackernder, besangener Gang machte in Kürze einen hastenden Pfad. Den Rest des Weges legte sie in schnellem Laufe zurück, daß sie hochgerötet, erblüht, schweratmend daheim anlangte, stolpernd über die Schwelle stürzte und mit tränengefüllten Augen ins Zimmer trat.

Die Mutter, gerade damit beschäftigt, Heinz einen neuen Verband um den kranken Fuß zu legen, schrie leise auf und eilte dem Kinde entgegen.

„Aber, mein Vindchen, Kind, was hast du denn?“ Und Heinz richtete sich auch erschrocken auf.

„Es ist nicht wahr, gelt, Mutter?“ schloß die Gefragte heraus, sich erschöpft gegen die mit Rinken bemalte Kleidertruhe lehnd.

„Was redest du, ich verstehe dich nicht, Sabine!“

Und Heinz, etwas ähnend: „Hat dir Eva was getan?“

Sie nickte, atmete unter einem letzten schmerzhaften Schluchzen tief auf und fand ein schmales Lächeln des Beruhig-

Japan.

Man meldet aus Newyork: Das japanische Schiffbauprogramm sieht den Stapellauf des Schlachtschiffes Nagato im Juni und den des Panzerschiffes Atsuta im Oktober vor. Beide Schiffe haben ein Displacement von 40 000 Tonnen und sind mit 40-Zim.-Geschützen armiert. Der Bau der anderen Großkampfschiffe werde demnächst beginnen.

Die besetzten Gebiete.

Köln, 5. Febr. Verbot der Außenverkäufung. Der Regierungspräsident von Köln hat für den ganzen Bezirk die Herstellung und den Verkauf von Kuchen, Torten und sonstigen Backwaren verboten.

Die Lage im Osten.

M. Berlin, 4. Febr. Die Reichsregierung veröffentlicht folgenden Telegrammwechsel zwischen dem Reichs- und dem Staatssekretär des Auswärtigen: „An den Staatssekretär des Auswärtigen Berlin. In schwerem Kampf steht der Kreis Mejeris gegen die vordringenden polnischen Vandalen. Das Deutschtum in unserm ganz überwiegend deutschen Kreise wehrt sich verzweifelt gegen polnische Machtgelüste. In schwerem Abwehrkampf flücht deutsches Blut. Auch wir fordern für uns das Selbstbestimmungsrecht. Wir bitten dringend um energische Vertretung unserer Interessen auf der Friedenskonferenz. Der Kreis Mejeris ist deutsch und will deutsch bleiben. Der Kreistag des Kreises Mejeris. v. Meibom, Landrat.“ — Darauf erging an den Kreistag die Antwort, daß die Reichsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf der Friedenskonferenz darauf hinarbeiten werde, daß deutsche Gebiete nicht von dem Deutschen Reich abgetrennt werden.

M. Berlin, 10. Febr. Die Eisenbahndirektion telegraphierte an den Arbeitsminister, daß das Generalkommando nicht in der Lage sei, die unbedingt notwendigen Nachmannschaften zum Schutze der späteinstreifenden Montag- oder Dienstag für Polen eintreffenden ersten drei Dampfer mit Lebensmitteln zu stellen. Das Generalkommando bat um Stellung amerikanischer Truppen. Dies wurde abgelehnt. Der Vertreter der amerikanischen Kommission hielt die deutsche Regierung für verpflichtet, für ausreichenden Schutz zu sorgen und machte darauf aufmerksam, daß die deutsche Regierung für alle abhanden kommende Ware aufzukommen habe. Die Lage sei sehr schwierig, da das Nichteintreffen amerikanischer oder französischer Nachmannschaften die Befahrung der ganzen Strecke Danzig-Mosow zur Folge hätte. Die Eisenbahndirektion bat daher die Regierung um scheinige Rekrutierung zuverlässiger Truppen an das hiesige Generalkommando.

Die Schrecknisse des Bolschewismus.

Ueber die bolschewistische Geldwirtschaft in Rußland schreibt man der Deutschen Orient-Korrespondenz: Obwohl jetzt aus Rußland nur sehr spärliche Nachrichten über die wirtschaftliche Lage ins Ausland dringen, hat doch der Londoner Economist über Stockholm zuverlässige Mitteilungen über die Wirkung der Sozialisierung auf die geistliche Lage des Staates erhalten. Danach sind bis zum Ablauf des vergangenen Jahres 525 wirtschaftliche Unternehmungen von der Sowjet-Regierung verstaatlicht worden. Wenn es sich dabei auch nur um einen Bruchteil der russischen Industrie handelt, hat doch die Verstaatlichung die Ertragsfähigkeit der anderen Unternehmungen gewaltig herabgesetzt und kaufmännischer Art sehr beeinträchtigt. In der ersten Hälfte des Jahres 1917 beliefen sich die Steuerninnahmen aus der Industrie auf 315 Millionen Rubel; in derselben Zeit des Jahres 1918 sind sie aber auf 91 Millionen Rubel zurückgegangen. Das amtliche Blatt Finanz und Volkswirtschaft gibt ausdrücklich zu, daß die Verstaatlichung oder auch nur die Furcht davor die Hauptursache des Verfalles der Privatindustrie und des Aus-

falls wieder. „Aber sie hat gelogen. Denn nicht wahr, ich bin doch kein Zigeunerkind und du bist wirklich mein Bruder, Heinz?“

Die Mutter versetzte sich. Ein flüchtiges Erschrecken rann über ihre Züge. Und sie fand nicht sofort eine Entgegnung. Das schnell durch ihren Sinn zuckende zaudernde Ueberlegen: Was ist hier zu tun? Redet man die Wahrheit oder beruhigt man das Kind mit der alten, frommen Lüge? ließ Sabine überaus aufsehen. Sie fand die Worte in der Mutter Gesicht und empfand etwas wie das unbewußte Ahnen von Geheimnissen, die über ihrem Leben lagen.

Die feinsten, subtilsten Nebenbündel ihrer Auffassungskraft erbeben, zitterten, tasteten und vermeinten, irgendwo an etwas zu stoßen, das unerkannt im Wege lag. Aber das währte nur eines Wimperzuckens Länge, war wie das jagende Flitzen des Lichtstromes durch das All.

„Ebe soll sich hüten“, versicherte Heinz im Grimas. Und die Mutter, sich nun durch dieses Wort zum Besinnen bläufend, fügte an: „Denn sie hat dir etwas Böses gesagt, mein Vindchen. Es ist nicht so. Du bist natürlich unser liebes Kind.“

Sabine war gläubig überzeugt. Sie fragte nicht weiter, lachend tanzte sie durch das Gemach. Und die Mutter atmete auf.

Gleich beim ersten Zusammentreffen mit Ebe hielt Heinz Abrechnung mit ihr. „Du, hör mal“, sagte er, „ich will heute nehmen, wenn du willst, daß wir gut zueinander sein sollen, so laß mir die kleine Sabine in Ruhe. Noch einmal redest du so was Dummes zu mir, und es ist mit uns beiden aus.“

„Ebe wollte aufbegehren.“ „Ist's nicht wahr?“ „Ich sage dir: Schweig. Sabine ist meine Schwester. Und wenn du. . .“

„Ja doch. Ich sag' nichts wieder. Und nun laß mich in Ruhe mit deinem Gerede.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Geiger vom Birkenhof.

Ein Heideroman von Fritz Ganser

Nachdruck verboten.

„Weil du es nicht kannst“, war Ebe sofort zu einer Entgegnung bereit, ein heimliches Freuen verspürend, daß sich ihr Gelegenheit bot, der Schulgenossen etwas Unangenehmes sagen zu können. „Herr Siebern meint ja auch immer, daß du davon nichts verstehst. Frage Heinz, der wird es dir geradezu sagen.“

Sabine schwieg. Der scharfe Ton, das hastende, eiserne Sprechen Ebes schätzte sie ein.

Und die Aeltere begann nach einer Weile, während der sie schneller zugehört war, daß die kleinen Fähr Sabines kaum zu folgen vermochten: „Überhaupt will ich dir mal sagen, du, daß du von keiner Sache viel verstehst. Mit dem Lesen geht es auch man so. Und das Schreiben? Ph! . . .“

„Schreiben kann ich“, verteidigte sich Sabine nun, zu stiller Empörung erwachend, daß man ihr auch diese Kunstfertigkeit absprechen wollte. Sie dachte an Heinz. Hatte er nicht erst gestern gesagt: „Du schreibst wie gestochen, Vindchen?“ Als sie dies Lob zu ihrer Rechtfertigung vorbrachte, lachte Ebe. „Der redet's auch man so hin. Berstehen tut er nichts davon.“

Sabines Herz tat hastigeren Schlag. Eine Mutterwelle fuhr über ihr Gesicht. „Mein Bruder versteht ofies“, erklärte sie bestimmt. „Der ist viel klüger als du und alle die anderen. Gleich nach Herrn Siebern kommt er mit seiner Klugheit.“

„Doch schon lieber gleich vor ihm, du Alleswissende.“ Sie blieb stehen und warf einen häßlichen Blick nach Sabine zurück. Das Wort vom „Bruder“ hatte den Gedanken an etwas lebendig gemacht, das bisher wie eine fast vergessene Geschichte verschwommen und überdunkelt auf dem Grunde ihrer Seele lag. Nun wurde sie wiedergerufen in das helle Licht gekehrt und lag wie ein aufgeschlagenes Buch, dessen Schrift, klar und scharf erkennbar, nichts verschweigt.

ordentlichen Rückganges der Steuereinnahmen sei. Dieser Steueranfall ist nun aber nicht etwa durch die Sozialisierung ausgeglichen worden; denn diese erforderte so geringe Summen, daß alle sozialisierten Betriebe mit großen Unterbilanzen arbeiteten. Nach dem Staatshaushalt der Regierung belaufen sich für das Jahr 1918 die Kosten der Verstaatlichung von gewerblichen Unternehmungen auf 2,8 Milliarden Rubel. Diese Kosten sind erforderlich gewesen für die Umwandlung und Umstellung der Betriebe. Die Gewinnseite des Staatshaushalts zeigt dagegen an Gesamteinnahmen aus den Staatsbetrieben nur 813 Millionen Rubel. Aus diesen Zahlen erkennt man, mit welchen Verlusten also die staatlichen Betriebe arbeiteten. Das amtliche Blatt Pravda berichtet auch über sieben verstaatlichte Fabriken, deren Erzeugnisse sich auf 3,9 Millionen Rubel stellten, während der erzielte Erlös nur 2,9 Millionen betrug. Ein russischer Beamter namens Rudanoff berichtet, daß sich im Durchschnitt der Erlös aus den verstaatlichten Unternehmungen nur auf ein Drittel bis die Hälfte der Herstellungskosten beläuft. Dabei spielt allerdings der Zusammenbruch sämtlicher Verkehrsmittel eine große Rolle; Ausland wird dadurch in einzelne Wirtschaftszweige ohne jeden Zusammenhang aufgeteilt.

Aus Provinz und Nachbargebieten

!! **Coblenz**, 10. Febr. Praktische Kurskurse sollen schon in nächster Zeit in allen größeren Städten des Reiches stattfinden. Diefelben sind eingerichtet, vom Zentralkomitee für das Reichliche Fortbildungswesen in Preußen unter Förderung der Medizinalabteilung des preuß. Ministeriums des Innern und unter Mitwirkung der Landesversicherungsanstalten und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Jeder Kursus soll 12 Stunden umfassen; die Anzahl der Kurse hängt von der Teilnehmerzahl ab. In Coblenz sollen die Kurse an je 3 einander folgenden Wochen Mittwoch und Sonnabend abends von 6-8 Uhr abgehalten werden und zwar beginnend Mittwoch, den 12. Februar; die Teilnehmerzahl zu jedem Kursus ist auf 10 beschränkt. Die Teilnahme an den Kursen ist nicht nur frei, sondern die Teilnehmer von auswärtig erhalten auch noch freie Reise 2. Klasse und je 10 Mark Tagegelder pro Vorlesung als Aufwandsentschädigung. Anmeldungen sind zu richten an Herrn Dr. Oskar Salomon, Coblenz, Schloßstraße 51. Soweit Reiseerlaubnis im besetzten Gebiet erforderlich ist, muß sie von dem einzelnen Kursteilnehmer bei den zuständigen Militärbehörden nachgefragt werden. Letztere sind gebeten worden, solchen Gesuchen stattzugeben.

!! **Wiesbaden**, 9. Febr. Die großen Tabakdiebstähle im Viebrücker Zollgebäude haben jetzt dank der vereinten Anstrengungen der Wiesbadener und Viebrücker Kriminalpolizei zur Ermittlung und Festnahme der Täter geführt. Es handelt sich dabei um drei Burken aus Wiesbaden, die im November d. J. und im Januar d. J. ganz erhebliche Mengen Zigarettenfabrik einer hiesigen Fabrik im Gesamtwert von 10.000 Mark mittels Einbruchs entwendet hatten. Einen Teil ihres Raubgutes hatten sie zum Preis von 7.000 Mark bei einem hiesigen Tabakhändler abgesetzt, wovon noch 10 Ballen beschlagnahmt werden konnten. Ein anderer Teil der Diebstahlsbeute liegt dagegen noch. Die Festgenommenen stellen einwilligend in Abrede, den Tabak gestohlen zu haben, sie geben nur den Verkauf zu, behaupten aber, den Tabak von einem Schiffer, den sie nicht näher zu bezeichnen vermögen, erworben zu haben.

!! **Mainz**, 6. Febr. Eine weitgehende Fürsorge für ihre Angestellten und Arbeiter bewies die Zellkellerei Kupferberg in Mainz. Sie ließ jedem Angehörigen des Hauses, der an der Kampffront gestanden hat, tausend Mark in deutscher Reichsanleihe als ein früheres Zeichen des Dankes der Firma ausstatten. Begleitet wurde die Spende durch eine Urkunde, welche die Tätigkeit jedes einzelnen Angehörigen des Hauses im Felde dankbar anerkennt.

!! **Bad Ems**, 5. Febr. Verhaftung dreier Gemeindevorsteher. Da in dem Gelände zwischen den Gemeinden Ems, Schwalbach und Neuenhain von unbekannten Pächtern, Schürer und Zäunen, welche die Auffüllung von Gräben anzeigten, herausgerissen wurden und diese Handlung als Diebstahl von dem der französischen Armee gehörenden Material angesehen wird und außerdem die Sicherheit der Befestigungsanlagen gefährden kann, wurde den betreffenden Gemeindevorsteher verhaftet. Die Unbekannten konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden. — Geldstrafen von 2000, 700 und 1500 Mark von der französischen Militärverwaltung des Kreises Höchst aufgelegt.

Aus Diez und Umgegend.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde zum Schluß die Eingabe der Lehrpersonen der beiden höheren Schulen und der städtischen Beamten in Sachen der Teuerungszulage eingehend besprochen. Die Besprechung, die zeitweise zu gegenseitigen scharfen Ausfällen Anlaß gab, führte zu einer Klärung über Ziel und Zweck der Eingabe wie auch über die Absicht der in der Stadt verbreiteten Einkommensliste, die den Anlaß zu der Eingabe der Lehrpersonen und Beamten gegeben hatte.

Abgaben-Erhebung zum Rindvieh-Entschädigungsfonds.

Gemäß Beschluß des Landesausschusses hat der Herr Landeshauptmann zu Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1918-19 die Erhebung der Abgabe zum Entschädigungsfonds für kriegsbeschädigte, willy- oder rauhbrandkrankte Tiere von den abgabepflichtigen Tierbesitzern ausgesprochen; die Abgabe beträgt:

a. zum Rindvieh-Entschädigungsfonds 36 Pfg. für jedes Pferd

b. zum Rindvieh-Entschädigungsfonds 40 Pfg. für jedes Stück Rindvieh.

Die aufgestellten Verzeichnisse des in der hiesigen Stadt vorhandenen Rindviehs und Pferde bis liegen in der Zeit vom 10. bis 24. Januar 1919 im Rathaus (Oberstadtkreuzgasse) zur Einsicht offen.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse können während der angegebenen Einspruchsfrist geltend gemacht werden.

Bad Ems, den 6. Februar 1919.

Der Magistrat.

Gelesen und genehmigt: Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises. A. Graignic, Rittmeister.

Todesanzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Montag abend 8 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Georg Klein

Portier

nach längerem Leiden, wohlversehen mit den heil. Sterbesakramenten, im 62. Lebensjahre zu sich zu nehmen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Josephine Klein Ww., geb. Freymüller und Kinder.

Bad Ems, Nievern, Hildesheim, den 11. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Freitag mittag 2 Uhr vom Trauerhause, Braubacherstrasse 54, aus statt.

Das Seelenamt für den Verstorbenen ist Montag, den 17. Febr., morgens 6³/₄ Uhr.

[792]

Nachruf.

Am 11. ds. Mts. verschied mein langjähriger Portier

Herr Georg Klein.

Seit fünfunddreißig Jahren war der Verstorbene in unserm Hotel „Gutenberg“ tätig und erwarb er sich durch seine Herzengüte, Gewissenhaftigkeit und seltene Pflichttreue die wohlverdiente Achtung Aller, die ihn kannten.

Sein Hinscheiden ist ein Verlust für uns und werden wir in steter Dankbarkeit dieses braven Mannes gedenken.

Franz Ermisch, Ems.

Stadtverordneten-Sitzung.

Donnerstag, den 13. Februar 1919, nachm. 3 Uhr

Vorlagen des Magistrats:

1. Verpachtung der Festung Schwalbach für 1919.
2. desgl. der Festung am Konstantinurm.
3. desgl. des Häutellagerhauses im Schlachthof.
4. Einmalige Kriegsteuerungszulage.
5. Strompreisverhöhung der Waldbahn-Alt.-Gef.
6. Bestimmungen zur Gewährung von Darlehen.
7. Einführung der Gewerbesteuer-Erförderung.
8. Vorschlagszahlungen auf Einquartierungslasten.
9. Instandsetzung der Waldbahn.
10. Abänderung der Satzung der Darlehnskassierung.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergeblich eingeladen.

Bad Ems, den 1. Februar 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Franz Ermisch.

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

A. Graignic, Rittmeister.



Die beiden in Bad Ems

Vindenstraße Nr. 8 und 9 belegenen

Wohnhäuser

mit großen Werkstätten, Lagerräumen, Remisen, Stallung, Hofraum und Vorgarten zu jedem Gewerbe und Geschäftsbetrieb geeignet, sind erbschaftshalber preiswert

zu verkaufen.

Auskunft erteilt Barockstr. 11, Schmidt, Bad Ems

Hofe Rauer Nr. 1.

[740]

Projektierung und Ausführung

elektr. Licht- u. Kraftanlagen.

Anschluss an Ueberlandzentralen u. Elektrizitätswerken.

Eigene Anlagen.

Signal- u. Telefonanlagen

jeder Größe und jeden Systems.

Karl Hagelauer, Elektr.

Bad Ems, Bleichstr. 17.

[913]

Cigarren

(für Wieder-

verkäufer

billig abzugeben.

Chr. Hassenkamp Ww., Diez, Coblenzerstr. 2

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Kindes erwiesene liebevolle Teilnahme, sowie für die schönen Blumenpenden sagen wir herzlichsten Dank.

Familie Heinrich Loh.

Bad Ems, den 12. Februar 1919.

[164]

Evangelischer Männerverein Bad Ems.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes, des

Herrn Friedrich Engel

findet statt am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause, Coblenzerstr. 12, aus.

Um zahlreiche Beteiligung bitte!

[789]

Der Vorstand.

Kleine elektrische Anlage zu verkaufen

passend für Mühle oder sonstige Wasserkraft.

[165]

Elektrizitätswerk Nievern.

Augustaheim, Bad Ems, Wilhelmsallee 8

(ehemals Haus Karnowsky.)

[1065]

Töchterheim zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zur Erlernung der Hauswirtschaft. Näheres durch Prospekt. Marie-Luise Briegleb, Hilda Wirén, Walburg Lohmeyer.

Zentrumspartei

(Ortsgruppe Diez.)

Diejenigen Freunde und Freundinnen unserer Partei, welche sich noch nicht in die Liste unserer Mitglieder haben eintragen lassen, werden hiermit gebeten, dies alsbald nachholen zu wollen.

Beitrittserklärungen werden jederzeit von

Ernst Dinslage in Diez, Lorenzstr. 4

Franz Storto in Diez, Wilhelmstr. 28

Johann Eisenbach in Freindiez, Gartenstr. 2

entgegen genommen.

[166]

Anfertigung

aller Haararbeiten.

Ausgelammte Frauenhaare werden zum gesetzlichen Höchstpreise angekauft.

Ph. Wiffing, Diez.

Herren- u. Damen-Friseur-Salon.

788]

Junge Mädchen können das Ausbessern von Wäsche und Kleidern erlernen bei Frau Chr. Bad, Bad Ems. 168] Coblenzerstr. 17.

Gut erhaltener Kinderwagen zu kaufen gesucht. 700] Badstr. 1, Ems.

Gewandte Colporteurs gesucht (Stadt u. Land) für neuen, hoch. Gewinn bring. Artikel (Kriegsrengabe für heimgekehrte Krieger.) Kunstverlag O. Kretzschmar, 715] Ems. u. Pforzheim.

Heiratsgesuch.

Witwer, 38 Jahre alt, ev., militärischer Staatsbeamter, eig. Haus mit Garten, Städtchen am Rhein, sucht befaßter Heirat mit einem ordentl. Mädchen, nicht unter 28 Jahre am liebsten vom Lande, welches alle Hausarbeit versteht, in Verbindung zu treten. Offerten mit Bild werden unter strengster Verschwiegenheit an die Geschäftsstelle der Emscher Zeitung unt. Nr. 102

erbeten.

[695]

Mit Genehmigung, der Orts-Militärbehörde



Freiwillige Feuerwehr Bad Ems.

Um unserm langjährigen Vorstandsmitglied und Mitbegründer der Wehr

Herrn Friedrich Engel

die letzte Ehre zu erweisen, versammelt sich die Feuerwehr am Donnerstag, den 13. Febr. 1919 nachmittags 2¹/₂ Uhr (neue Zeit) am Gasthaus des Herrn Dr. Meißner, Silberstr. 17. Anzug: Rock, Helm, Ausrüstung und Armbinde. (Fehlende Armbinden werden am Versammlungsort ausgegeben.) Musik mit Instrumenten. (169)

Das Kommando.

Lehrjunge

für sofort oder Oftern gesucht.

Gustav Maaser, 791] Gärtnerstr. Holzappel.

Metallbetten an Privat. Katalog frei. Holzrahmenmatt., Kinderbetten. Emsenbelfabrik Ems i. Rh.